

Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2003



erstellt von

Carola Schaaf-Derichs
Barbara Weigl

**Treffpunkt
Hilfsbereitschaft**
Die Berliner Freiwilligenagentur



Dokumentation der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2003

Geschichte und Chronologie der Runden Tische	Seite 3
Methodik der Runden Tische	Seite 7
Erster Runder Tisch: 02.10.03 Freiwilliges Engagement in den Medien	Seite 9
Zweiter Runder Tisch: 26.11.2003 Memorandum für bürgerschaftliches Engagement in Berlin	Seite 15
Dritter Runder Tisch: 26.01.2004 Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft	Seite 26
Zusammenfassung: Ergebnisse der Runden Tische in Kurzform	Seite 38
Resümee	Seite 40

Hrsg.: Treffpunkt Hilfsbereitschaft
Die Berliner Freiwilligenagentur
Torstraße 231, 10115 Berlin
FON: 030 – 20 45 06 36
FAX: 030 – 20 45 05 69
E-MAIL: freiwilligenagentur@snafu.de
Beiträge von:
Carola Schaaf-Derichs
Barbara Weigl
Deckblatt/Layout: Team X'n friends/Marcus Mazzoni

Die Geschichte und Chronologie der Runden Tische

Der Treffpunkt Hilfsbereitschaft initiierte die Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements im Rahmen des Internationalen Jahres der Freiwilligen, 2001. Die Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz konnte seit dieser Zeit als Förderer und Unterstützer dieser Reihe von Politiker-Praktiker-Dialogen gewonnen werden. Jährlich fanden seither vier, im Jahr 2003 drei der Runden Tische in dieser Form statt.

Der Auftakt und Impuls zu dieser Fachgesprächsreihe stand im Sinne des Internationalen Jahres der Freiwilligen unter dem Motto: „Wir wollen Forderungen an die Politik stellen!“. Diese Forderungen, so wurde bei einer ersten großen Runde mit über einhundert Engagierten am 02.02.2001 deutlich, waren zum Teil schon an die 30, 40 Jahre alt, mithin keine wirklichen Neuigkeiten, sondern Notwendigkeiten für die Entstehung und Erhaltung von förderlichen Rahmenbedingungen für freiwillig und ehrenamtlich Engagierte in Berlin.

Die Runden Tische verfolgen seither das Ziel, die verschiedenen Forderungen und offenen Fragestellungen zur Unterstützung Freiwilligen Engagements in Berlin mit Fachleuten aus der Praxis, Vertreterinnen und Vertretern aus dem Berliner Abgeordnetenhaus und der Senatsverwaltung für Soziales fachlich und inhaltlich vertieft zu bearbeiten. Am Ende des Jahres wird eine Prüfung und Bewertung der Machbarkeit der herausgearbeiteten Punkte und Faktoren unternommen und diese Ergebnisse der „Vollversammlung“ aller Interessierten aus Praxis, Verwaltung und Politik wieder vorgestellt.¹

Pro Arbeitsjahr der Runden Tische beteiligten sich bislang rund 80 ausgewählte Expertinnen und Experten. Ihre Debatten und fachpolitischen Austausch zeitigten konzentrierte, fachkompetente und aussagekräftige Ergebnisse und verwiesen damit auf den besonderen Wert dieser Runden. Insbesondere fiel auf, dass die Zusammenarbeit aller an einem jeweils neu zusammengestellten Runden Tisch zu gegenseitiger Wertschätzung und einer partnerschaftlichen Redekultur führte.

Ein Spezifikum der Berliner Runden Tische ist, dass die beteiligten Abgeordneten freiwillig in einem „Ehrenamt“ fungierten: sie wurden zu je einem der Themenbereiche als „Patin“ oder „Pate“ ernannt bzw. haben sich ihre Patenschaft themenbezogen ausgewählt. Diese Funktion bedeutete die Gastgeberschaft im Berliner Abgeordnetenhaus, so dass die Arbeit der Runden Tische unmittelbar neben den Stätten der Berliner Politikarbeit angesiedelt war. Dieses Kulturelement aus der internationalen Freiwilligenarbeit hat dazu beigetragen, dass im Laufe der letzten drei Jahre der Arbeit der Runden Tische ein besonderer Stellenwert im Aufgaben- und Politik-Bereich bürgerschaftlichen Engagements beigemessen wurde.

Im Folgenden finden Sie eine Übersicht zu den bisherigen Themen der Runden Tische, nach Arbeitsjahren sortiert:

¹ (Vergl. „Machbarkeitsstudie“: Dokumentation und Auswertung der Runden Tische zum Freiwilligen Engagement in Berlin im Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001, Hrsg.: Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Berlin)

Runde Tische 2001 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin:

- **Erster Runder Tisch**
Thema: *Qualifikation und Infrastruktur*
16.05.2001
im Abgeordnetenhaus von Berlin
- **Zweiter Runder Tisch:**
Thema: *Seniorengesetz*
15.06.2001
in der Senatsverwaltung für Arbeit, Soziales und Frauen
- **Dritter Runder Tisch**
Thema: *Zertifizierungen*
27.09.2001
im Abgeordnetenhaus von Berlin
- **Vierter Runder Tisch:**
Thema: *Kommunale Förderverantwortung und Bürgerbeteiligung*
25.10.2001
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Runde Tische 2002 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin:

- **Erster Runder Tisch**
Thema: *Zertifizierung und Lernchancen für Jugendliche im Freiwilligen Engagement anbieten*
28. August 2002
Pate: Rainer-Michael Lehmann, MdA/FDP
- **Zweiter Runder Tisch:**
Thema: *Die Verbindung zwischen Wirtschaft und Freiwilligem Engagement stärken*
02. Oktober 2002
Pate: Gregor Hoffmann, MdA/CDU
- **Dritter Runder Tisch**
Thema: *Bewertung der Ergebnisse der Enquete-Kommission zur Zukunft des Freiwilligen Engagements auf Landesebene Berlin*
13. November 2002
Patin: Ülker Radziwill, MdA/SPD
- **Vierter Runder Tisch:**
Thema: *Anerkennungskultur für Freiwilliges Engagement in Berlin ausbauen*
11. Dezember 2002
Patin: Minka Dott, MdA/PDS

Mit im Patenkreis engagiert: Elfi Jantzen, MdA Bündnis 90/Die Grünen

Runde Tische 2003 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin:

- **Erster Runder Tisch**
Thema: *Bürgerschaftliches Engagement und Medien*
01.09.2003
Pate: Dr. Peter Zotl, MdA/PDS
- **Zweiter Runder Tisch:**
Thema: *Memorandum zum bürgerschaftlichen Engagement in Berlin*
26.11.2003
Patin: Ülker Radziwill, MdA/SPD
- **Dritter Runder Tisch**
Thema: *Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft*
26.01.2004
Patin: Elfi Jantzen, MdA, Bündnis 90/Die Grünen

Seit dem Jahr 2001 werden die Runden Tische mit großer Aufmerksamkeit von Seiten der Engagierten, ihrer Vereine, Verbände und Initiativen bedacht. Bereits im zweiten Arbeitsjahr äußerten die angesprochenen Abgeordneten aller im Berliner Parlament vertretenen Fraktionen den Wunsch, zu allen Themen der Runden Tische eingeladen zu werden und nicht nur zu dem ihrer Patenschaft.

Die Diskussions- und Erörterungskultur stellte sich von Anfang an auf einem sehr hohen Niveau ein. Dadurch entstand auch interfraktionell ein sehr intensiver und förderlicher Austausch, der das Themenfeld Freiwilliges Engagement seither für Berlin gesellschaftspolitisch sehr viel mehr hervorgehoben und bedeutsam gemacht hat. Diese Weiterentwicklungen der Runden Tische führten schließlich dazu, dass sie in verschiedenen Ausschüssen des Abgeordnetenhauses (Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Migration, Ausschuss für Inneres) erwähnt wurden und nicht zuletzt im Rahmen einer Anhörung thematisiert wurden. In der Berichtslegung der Senatsverwaltung zur „Landesinitiative Bürgerschaftliches Engagement“ werden die Runden Tische erwähnt, genauso wie in der zur Mitte des Jahres 2004 angekündigten Veröffentlichung des Berliner Ehrenamtsberichtes.

Die Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin stellen kein Gremium dar, sondern sind eine moderne, demokratische Form eines neuen Bürger-Politiker-Dialoges und damit ein Instrument für eine lebendige, vernetzte Bürgergesellschaft. Sie wirken – wie beabsichtigt – kathartisch auf die mitunter brach liegende Kommunikationskultur zwischen den gesellschaftlichen Akteuren der Bürgergesellschaft: Engagierte, Freiwilligenorganisationen, Politiker, Verwaltung und Wirtschaft. Sie sollten in diesem Sinne als eine erste, vorweg genommene Konsequenz aus den Empfehlungen der Enquete-Kommission zur Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements² verstanden werden.

² Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“, Deutscher Bundestag. Bericht: Bürgerschaftliches Engagement auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Leske + Budrich, Opladen 2002.

Die Runden Tische bedeuten auf der Ebene der Landespolitik Berlins das Wahrnehmen und Aufgreifen der Koalitionsvereinbarungen der Regierungsparteien SPD und PDS aus dem Jahr 2001, in denen es heißt:

„ Das von der UNO deklarierte Jahr der Freiwilligen 2001 hat deutlich gemacht, mit wie viel Begeisterung Menschen sich freiwillig engagieren und ehrenamtliche Arbeit leisten. Der Senat wird deshalb auch weiterhin dieses ehrenamtliche Engagement nach Kräften weiter fördern und unterstützen. Die Ergebnisse der Enquete-Kommission der Bundesregierung und die Erfahrungen in Berlin im Jahr des Ehrenamtes zum Bürgerschaftlichen Engagement werden zeitnah bewertet und ggf. umgesetzt. Dazu erstellt Berlin zur Mitte der Legislaturperiode einen Ehrenamtsbericht.

Bürgerschaftliches Engagement braucht Rahmenbedingungen und eine Infrastruktur, um sich entfalten zu können. Der Senat wird deshalb alle Bemühungen unterstützen, die in diesem Jahr begonnenen Maßnahmen und Initiativen in den nächsten Jahren fortzuführen. Berliner Unternehmer sind aufgefordert, die Bereitschaft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu bürgerschaftlichem Engagement zu erhöhen.“³

Der parallel zu den Runden Tischen arbeitende Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin (AK FEB) beschäftigt sich regelmäßig mit den Themenstellungen, Planungen und Ergebnissen der Runden Tische.

Es bleibt insgesamt festzustellen, dass nicht nur das Berliner Parlament, die verschiedenen Senatsstellen, vielfältige Freiwilligenorganisationen, sondern auch Vertreter der engagierten Berliner Wirtschaft durch die Runden Tische zu einer neuen Form des Austausches und der Zusammenarbeit gefunden haben.

³ Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD und PDS 2001 – 2006, Stand 7.1.02, 18:00 Uhr, S. 67 (14. Soziales)

Die Methodik der Runden Tische

Wie aus der dargestellten Geschichte der Runden Tische zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin zu entnehmen, haben die Beteiligten vor allem die Möglichkeit, sich über ein vorab ausgewähltes Fachthema⁴ aus dem Sektor des Bürgerschaftlichen Engagements auszutauschen. Es sollen unterschiedliche Positionen, Sichtweisen und Forderungen sachlich und nachvollziehbar dargelegt und den Ausführungen der anderen Beteiligten inhaltlich und aus einem bürgergesellschaftlichen Blickwinkel gefolgt werden können.

Offene Fragen oder Widersprüche in Inhalt, Verständnis und Position sollen zwischen den Beteiligten wahrgenommen, diskutiert und klar gestellt werden können. Es geht in letzter Hinsicht nicht um Einigungsprozesse mit dem Ziel einer gemeinsamen und einheitlichen Sicht der Dinge. Vielmehr sollen die Runden Tische die Pluralität von sachlichen Themen und Fragen im Bereich Freiwilligen Engagements dokumentieren, in Austausch bringen und Erfahrungen sowie Forderungen über den Rand der eigenen Organisation hinaus ermöglichen.

Um diesen Austausch-, Vertiefungs- und Verständigungsprozess zu ermöglichen, hat sich der Treffpunkt Hilfsbereitschaft um eine externe Recherche und Themenerarbeitung durch freie Mitarbeiterinnen mit einschlägigen Kenntnissen aus dem jeweiligen Feld bemüht. Frau Barbara Weigl hatte bereits im Jahr 2001 die Runden Tische mit dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft gestartet und konnte erneut für das Jahr 2002 gewonnen werden. Für das Thema „Wirtschaft und Freiwilliges Engagement“ konnte der Treffpunkt Frau Olivia Grudzinski gewinnen, die als Betriebswirtin in und mit Wirtschaftsunternehmen gearbeitet hat, andererseits auch das Thema Freiwilliges Engagement gut kennt.

In der Veranstalter- und Moderationsrolle für alle Runden Tische stand der Treffpunkt Hilfsbereitschaft. Gemäß seinem Leitbild und seiner Rolle, hatte der Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Freiwilligenagentur des Landes Berlin „...in besonderem Maße Verantwortung für die Entwicklung und Gestaltung des Themas freiwilliges Engagement und seiner modernen Infrastruktur“⁵ übernommen. Dies bedeutete auch, eine partnerschaftliche, unhierarchische und zugleich sachorientierte Redekultur einzuführen und dauerhaft zu unterstützen.

Unter anderem weisen die Runden Tische folgende Regeln der Zusammenstellung und der Gesprächsleitung auf:

- Die Auswahl der Beteiligten richtet sich nach dem Fachthema und der einschlägigen Kompetenz der Personen dazu
- Alle Beteiligten werden zu einer freiwilligen Mitarbeit angefragt, es gibt keine Verpflichtung qua Amt oder Funktion
- Die Beteiligten werden von der Koordinatorin des Runden Tisches zur Fragestellung vorinformiert und fachspezifische Anfragen an sie werden schon beim telefonischen Erstkontakt übermittelt (Telefonisches Briefing)

⁴ Die Themen der Runden Tische 2002 wurden im Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin am 14.05.2002 abgestimmt.

⁵ Zitiert aus dem Leitbild des Treffpunkt Hilfsbereitschaft, Qualitätshandbuch, Stand August 2000

- Die endgültige Zusage der Beteiligten bewirkt die Erstellung der Teilnehmerliste, die Name und Organisation ausweist. Diese wird im Vorfeld verschickt, damit erübrigt sich eine zeitraubende Vorstellungsrunde am Runden Tisch
- Die Eröffnung des jeweiligen Runden Tisches sieht meist aus wie folgt:
 - Begrüßung durch den Treffpunkt Hilfsbereitschaft: Vorstellung des Themas, der Fragestellung(en), des Erkenntnisinteresses, Informationen zum Zeitrahmen und der Themenabfolge
 - Begrüßung durch die Patin bzw. den Paten aus dem Abgeordnetenhaus
 - Einführungs-Impuls durch Gast-Referent/innen (so geplant) oder:
 - Einführung ins Thema durch die Koordinatorin, d.h. Präsentation von Recherche-Ergebnissen, Auszügen aus Studien und Berichten
 - Übergabe des Wortes an die Beteiligten des Runden Tisches für die jeweiligen Statements
 - bei dreistündigen Sitzungen wird eine kurze Pause eingelegt (nach ca. 1,5 Stunden)
 - Abschließende Empfehlung durch Gast-Referent/in
 - Zusammenfassung durch den Treffpunkt Hilfsbereitschaft
 - Abschlusswort der Patin bzw. des Paten
 - Verabschiedung, Ankündigung des nächsten Runden Tisches
- Gesprächsregeln:
 - Sprechende ausreden lassen
 - bei längeren Beiträgen auf Zeit (ca. 5 Min. pro Person) hinweisen
 - Ruhige, konzentrierte Atmosphäre unterstützen
 - auftretende Störungen sofort klären oder ansprechen (Raumbedingungen, Lautstärke, Zeitdauer, Missverständnisse...)
- Moderationsverhalten:
 - Regeln im Bedarfsfalle einführen oder darauf hinweisen
 - Mögliche Dialoge in der Gruppe zum Gruppenthema machen
 - Genügend Zeit und Ruhe für die Statements für alle ermöglichen
 - Herausheben von Diskussionspunkten und offenen Fragen, diese an die Runde zurück geben
 - Pointieren von eingebrachten Informationen in Zusammenfassungen
 - „Ruhigere“ Beteiligte ermuntern
 - Verantwortung bei den Beteiligten lassen, diese eher deutlich machen, nachfragen
 - die verschiedenen Blickwinkel der drei Akteursgruppen, Engagement-Vertreter/innen, Politiker/innen, Verwaltungsvertreter/innen immer wieder thematisieren und in Verbindung bringen, nachfragen nach verschiedenen Blickwinkeln und Meinungen

Alle Gespräche an den Runden Tischen 2003 konnten aufgezeichnet werden und aus diesen O-Tönen haben die Koordinatorinnen den im folgenden wiedergegebenen Inhalt als Exzerpt der Arbeit der Runden Tische zusammen gestellt.

Erster Runder Tisch 2003 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

Thema:

Bürgerschaftliches Engagement und Medien

<u>Patenschaft:</u>	Herr Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion
<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Ort:</u>	Berliner Rathaus, Louise Schroeder-Saal
<u>Datum:</u>	01. September 2003, 14:00 bis 16:00 Uhr
<u>Moderation:</u>	Frau Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Projektkoordination:</u>	Frau Barbara Weigl, freie Mitarbeiterin im Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Experten/innen aus verschiedenen Medienbereichen:

Frau Dagmar Reim, Intendantin von Radio Berlin-Brandenburg
Frau Bärbel Grygier, MdA, PDS-Fraktion, Mitglied im RBB Rundfunkrat
Herr Staatssekretär André Schmitz, Chef der Berliner Senatskanzlei
Herr Dr. Hendrik Munsberg, stellvertretender Chefredakteur der Berliner Zeitung
Herr Jochim Stoltenberg, stellvertretender Chefredakteur der Morgenpost

3.1 Einführung und Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs und Herrn Dr. Zotl

Herr Dr. Zotl stellte fünf Thesen an den Anfang seiner Ausführungen:

- Es ist ein Kulturwandel zur Stärkung des Freiwilligen Engagements und der Gesellschaft notwendig
- Freiwilliges Engagement muss aus der „Lückenbüßerfunktion“ herauskommen, da staatlichen Leistungen bisher noch erste Priorität zugeschrieben wird
- Ermöglichung der Mitbeteiligung von Bürgern/innen, wie es z.B. durch die Einführung eines Bürgerhaushaltes in zwei Berliner Bezirken geschehen ist.
- Schaffung einer fundierten Anerkennungskultur für bürgerschaftliches Engagement
- Schaffung von niedrighwelligen Zugangsmöglichkeiten, die Freiwillige einladen sich zu engagieren, dazu bedarf es guter Informations- und Beratungsangebote über Engagementmöglichkeiten sowie der Vernetzung von Projekten mit Freiwilligenagenturen, wie z.B. dem Treffpunkt Hilfsbereitschaft.

3.2 Die Eingangsstatements der Experten/innen

Frau Reim eröffnete die Gesprächsrunde mit der Feststellung, dass sie mit zwei Anteilen an dieser Diskussion teilnehme. Einerseits als Privatperson, die selbst sehr stark bürgerschaftlich engagiert sei und andererseits als Vertreterin des Rundfunkrates Berlin- Brandenburg, in dessen Funktion sie für die Programmgestaltung verantwortlich zeichne. Frau Reim betonte, dass die öffentlich-rechtlichen Medien für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements, unabhängig von der Einschaltquote einzutreten haben.

Frau Reim stellt die Frage, warum sich kaum Männer freiwillig engagieren und wenn, dann nicht in sozialen, sondern in renommiertlicheren Feldern des bürgerschaftlichen Engagements.

Herr Dr. Munsberg sah die Schwierigkeit, die Berichterstattung über Freiwilliges Engagement aus der „Langweiler- und Gutmenschencke“ heraus zu bekommen. Er stellte fest, dass die Attraktivität des Freiwilligen Engagements nur schwer mit unserem Erwerbsarbeit bezogenen Lebensstil vereinbar sei.

Frau Grygier schloss sich dieser Argumentation an und bezeichnete diese, insbesondere für Bürger/innen aus den neuen Ländern für zutreffend. Vorrangig sei die Existenzsicherung vor dem ehrenamtlichen Engagement. Diese Priorität gelte auch für den Bezug von Arbeitslosengeld bzw. –hilfe, gegenüber der unentgeltlichen Freiwilligenarbeit.

Frau Grygier sprach von den Erfahrungen aus ihrem Umfeld, dass Menschen oftmals freiwillig engagiert seien, dies jedoch nicht als solches benennen würden. Sie fand es wichtig und schwierig zugleich, für die Berichterstattung über bürgerschaftliches Engagements die richtigen Formate in den Medien zu finden.

Herr Stoltenberg stellte die von Herrn Dr. Zotl geäußerte These des Kulturwandels für das bürgerschaftliche Engagements in Frage, da er es als Grundwert und Selbstverständlichkeit erachte, sich für diese Gesellschaft zu engagieren. Er führte andere deutsche Großstädte, wie Hamburg oder München an, in denen eine aktive Bürgerschaft seit langer Zeit gelebt würde. Seine These zur Berliner Situation lautete, dass die Ursache für das geringere Engagement der Berliner Bürger/innen an der spezifischen Geschichte der Stadt liege. Herr Stoltenberg verwies auf die verbreitete Erwartungshaltung der Bürger/innen in Ost- ebenso wie in Westberlin, dass die Kommune die sozialen Aufgaben schon regeln werde. Um diese Haltung zu ändern, bedarf es jedoch auch der Rahmenbedingungen, die bürgerschaftliches Engagement ermöglichen. Hemmnisse in Bezug auf das Stiftungsrecht und die komplizierte Bürokratie der Verwaltung, seien nach Ansicht von Herrn Stoltenberg die Gründe für das verhaltene Engagement der Berliner/innen. Er verwies auf die regelmäßige Berichterstattung über Freiwilliges Engagement, wie es die Berliner Morgenpost und der Verein Berliner Helfen jeden Samstag auf der letzten Magazinseite praktiziere.

Herr Staatssekretär Schmitz favorisierte die Stärkung der Anerkennungskultur zur Ermunterung und Kontinuität des Freiwilligen Engagements. Veranstaltungen, wie der erste Berliner-Stiftertag sowie der Berliner-Freiwilligen-Tag seien wichtig, um das bürgerschaftliche Engagement zu fördern und bekannt zu machen. Hierzu zähle auch das Berliner Bürgerportal, das auf der Internetsite www.berlin.de ab 04. Dezember 2003 über bürgerschaftliches Engagement informieren werde.

3.3 Fragen und Statements der Teilnehmer/innen

Hervorgehoben wurde von einem Teilnehmer, dass der „Spaßfaktor“ beim Freiwilligen Engagement nicht fehlen dürfe. Dieser Aspekt müsse auch über die Medien transportiert werden, um bürgerschaftliches Engagement wirklich attraktiv zu machen.

Eine andere Teilnehmerin verwies darauf, dass bürgerschaftliches Engagement sehr bunt und vielfältig sei. Dadurch könnten verschiedenste Interessenten über die Medien erreicht werden, um das „verstaubte“ Image des Ehrenamtes zu verändern. Herr Singelstein, Chefredakteur von Antenne Brandenburg bezeichnete es als schwierig, Sendungen über bürgerschaftliches Engagement nachhaltig zu platzieren. Für erfolgversprechender halte er über die Redakteure/innen der Zeitungen und Sender Kontakt aufzunehmen und dabei hartnäckig zu bleiben.

Eine Teilnehmerin forderte, dass die öffentlich-rechtlichen Medien auch den Auftrag zur Profilbildung in der Informationsvermittlung hätten und somit gezielt gesellschaftlich erwünschte Informationen und Aufgaben vermitteln müssten.

Festgestellt wurde von einigen Teilnehmern/innen, dass Menschen relativ leicht zum spontanen „Helfen“ zu motivieren seien, ob durch Hand anlegen oder mit der Spendenquittung. Diese Strategie funktioniere immer, wenn Menschen ganz konkret um Hilfe gebeten würden. Der Unterschied beim bürgerschaftlichen Engagement sei es, Menschen zum längerfristigen Engagement zu motivieren. Dazu ist verstärkt Überzeugungsarbeit zu leisten, sowie klare Rahmenbedingungen vorzuhalten.

Als Beispiel für ein Sendeformat zu bürgerschaftlichem Engagement informierte Frau Weigl über die Sendung „Bürger Aktiv“ des Bayrischen Rundfunks, die alle zwei Monate über freiwillige Aktivitäten in Bayern zur besten Sendezeit von 20:15 bis 21:00 Uhr berichte. Der Zulauf an Interessierten nach den Sendungen sei nach Auskunft der Redakteurin der Sendung oft so groß, dass es von den Projekten nicht bewältigt werden könne. Dies spreche für die positive Wirkung der Werbung auf das Freiwillige Engagement der Bürger/innen.

Herr Singelstein bezeichnete dieses Sendeformat jedoch als Ghetto, da diese Sendung dann das Alibi dafür sei, in keiner anderen Sendung dieses Thema aufzunehmen. Er befürwortete das Thema bürgerschaftliches Engagement als Querschnittsthema in verschiedene Formate aufzunehmen, aber keine Exklusivsendung daraus zu machen.

3.4 Abschlussrunde der Experten/innen

Frau Reim unterstrich die Auffassung der Ghettobildung in ihrem Abschlussstatement. Sie lehnte das bayrische Format, als thematische Einzelsendung für bürgerschaftliches Engagement grundlegend ab.

Herr Dr. Zotl stellte in seinem Schlusstatement heraus, dass die Information und Motivation der Bürger/innen entscheidend für deren Engagementbereitschaft sei. Hierzu sei das Internet ein idealer Zugang, da mittlerweile bis zu 70% aller Berliner Haushalte einen Internetzugang hätten. Diesen Zugang verstärkt zu bedienen, versprach Staatssekretär Schmitz durch die neue Gestaltung der Bürgerplattform auf der berlin.de - Website.

Herr Dr. Munsberg schilderte an einem aktuellen Beispiel seiner Zeitung, wie wichtig es für Redakteure sei, gute Hintergrundinformationen zu recherchieren und zu bekommen, um qualitativ gute Berichterstattung zu leisten. Hier müssten beide, die Redakteure sowie die Mitarbeiter/innen der Freiwilligenprojekte voneinander lernen, welche Informationen wichtig und interessant für die Darstellung seien.

Frau Grygier bezeichnete es als wichtig für die Wahrnehmung von Freiwilligem Engagement, sich ins Bewusstsein zu rufen, wo überall bereits implizit über bürgerschaftliches Engagement berichtet, dies aber nicht als solches benannt und bewertet werde. Sie sehe den Weg der kleinen Schritte als aussichtsreich, um Freiwilliges Engagement nachhaltiger in den verschiedenen Medien zu etablieren.

3.5 Die zentralen Aussagen

- Die öffentlich-rechtlichen Medien haben den Auftrag, für bürgerschaftliches Engagement einzutreten
- Keine Ghettobildung durch das Format „Einzelsendung“ für bürgerschaftliches Engagement
- Bürgerschaftliches Engagement muss in der medialen Berichterstattung stärker wahrgenommen und benannt werden
- Redakteure müssen von den Projekten lernen und umgekehrt, um Engagement interessant und qualitativ hochwertig zu vermitteln
- Weg der kleinen Schritte, um bürgerschaftliches Engagement in den Medien bekannt zu machen
- Abbau von Bürokratie und Schaffung von adäquaten Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit.
- Internet als Zugang zu Informationen über Angebote von bürgerschaftlichem Engagement
- Das Internet muss stärker in die Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement einbezogen werden

Sendetermine von „Bürger Aktiv“

Jeweils alle acht Wochen mittwochs um 20:15 Uhr im Bayerischen Fernsehen.
Weitere Informationen unter: www.br-online.de/land-und-leute/sendung/buergeraktiv

Eingeladene Teilnehmer/innen zum ersten Runden Tisch 2003

Thema: *Bürgerschaftliches Engagement und Medien*

Datum: 01.10.2003

Pate: Herr Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion

	Eingeladen	Teilnahme
1. Dagmar Reim, Intendantin von Radio Berlin-Brandenburg	x	✓
2. Bärbel Grygier, stellv. Vorsitzende des Rundfunkrates Berlin- Brandenburg	x	✓
3. Christoph Singelstein, RBB- Antenne Brandenburg	x	✓
4. Staatssekretär André Schmitz, Chef der Senatskanzlei des Landes Berlin	x	✓
5. Friedemann Walther, Senatskanzlei des Landes Berlin	x	✓
6. Max Müllner, Senatskanzlei des Landes Berlin	x	✓
7. Dr. Uwe Vorkötter, Chefredakteur der Berliner Zeitung	x	
8. Dr. Hendrik Munsberg, stellvertretender Chefredakteur der Berliner Zeitung		✓
9. Jan-Eric Peters, Chefredakteur der Berliner Morgenpost	x	
10. Jochim Stoltenberg, Berliner Morgenpost		✓
11. Anette Kögel, Tagesspiegel	x	
12. Dr. Petra Brangsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin PDS-Fraktion	x	✓
13. Dieter Zahn, PDS-Fraktion		✓
14. Uwe Metzger, PDS-Fraktion	x	✓
15. Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion	x	
16. Elfi Jantzen, MdA, Bündnis 90/Die Grünen	x	
17. Reiner-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion	x	
18. Gregor Hoffmann, MdA, CDU-Fraktion	x	
19. Ebba Christiansen, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	x	✓
20. Ulrich Wiebusch, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales, und Verbraucherschutz	x	✓
21. Hiltrun Hütsch-Seide, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport	x	✓
22. Markus Runge, Sprecher der LAG Freiwilligenagenturen Berlin	x	✓
23. Klaus –Werner Pawletko, Freunde alter Menschen e.V.,	x	✓
24. Carola Krauß, Naturschutzjugend Berlin e.V.,	x	
25. Thomas Kowalczyk, Lebensbrücke e.V.	x	✓
26. Thomas Preuss, Agenda Forum Berlin	x	
27. Katja Ulbert, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland		✓
28. Angelika Rix, AWO-Landesverband Berlin	x	
29. Ute Wiepel, AWO-Landesverband Berlin	x	
30. Beatrix Meier-Tacke, Caritas-Verband Berlin	x	✓
31. Sophia Flecks, Caritas-Verband Berlin		✓

	Eingeladen	Teilnahme
32. Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg	x	
33. Carmen Malling, Humanistischer Verband Deutschland	x	✓
34. Elfi Witten, Paritätischer Wohlfahrtsverband Berlin	x	
35. Berndt Maier, Sozialverband VDK Berlin-Brandenburg	x	
36. Klaus Hornemann, Unionhilfswerk, Landesverband Berlin e.V.	x	✓
37. Daniel Büchel, Unionhilfswerk, Landesverband Berlin e.V.		✓
38. Peter Stawenow, Volkssolidarität Landesverband Berlin e. V.	x	
39. Gerlinde Maus, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (KFD)		✓
40. Rosel Schmidt, Agentur für Bürgerengagement Treptow-Köpenick		✓
41. Jan Kleining, Villa offensiv – Haus der Generationen		✓
42. Florian Mindermann, Treffpunkt Hilfsbereitschaft		✓

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
 Koordination: Barbara Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Zweiter Runder Tisch 2003 zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin

Thema:

Memorandum zum bürgerschaftlichen Engagement in Berlin

<u>Patenschaft:</u>	Frau Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion
<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	26. November 2003, 16:00 bis 18:30 Uhr
<u>Moderation:</u>	Frau Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Projektkoordination:</u>	Frau Barbara Weigl, freie Mitarbeiterin im Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Experte zum Thema:</u>	Herr Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

1. Einführung und Begrüßung durch die Patin Frau Radziwill und Frau Schaaf-Derichs

Eingangsthese von Frau Radziwill:

- Konsequenzen und Ziele für bürgerschaftliches Engagement müssen unabhängig von der aktuellen Haushaltsslage sein

2. Einführungsstatement von Herrn Dr. Ansgar Klein (BBE) (ausführlicher Redebeitrag siehe Seite 21)

Folgende Aspekte hob Herr Dr. Klein in seinem Beitrag hervor:

- Doppelrolle Berlins als Bundesland und Hauptstadt
- Verbindung der Bereiche: Stadt - Land – kommunale Ebene
- Länderpolitische Fragen abgrenzen von kommunalen Strukturen
- Vermeiden von Parallelgesellschaften auf den jeweiligen Ebenen
- Soziales Kapital ist vorhanden, es muß aktiviert und eingebunden werden
- Einbezug aller Akteure (auch der Unternehmen etc.)
- Schnittflächen zwischen den drei Akteuren: Staat – Markt – Dritter Sektor müssen geschaffen werden
- Gestaltungspotentiale von Seiten des Staates anbieten, z.B. Bürgerhaushalt
- Bürgerschaftliches Engagement darf kein „Appendix“ sein, es trägt wichtige gesellschaftliche Bereiche
- Strukturen der politischen Mitsprache können nicht im Status quo belassen werden, wenn sich in Bezug auf die Gestaltungsspielräume etwas ändern soll
- Thema „Migration“ fehlt im Memorandumsentwurf
- Woche des Engagements - vom 25. September bis 2. Oktober 2004 – initiiert vom BBE, um eine breitere öffentliche Aufmerksamkeit für das Thema Bürgerschaftliches Engagement zu erreichen

3. Diskussion

Im Folgenden werden die Hauptargumente der Diskussionsbeiträge kursorisch ausgeführt.

Herr Hoffmann, MdA (CDU-Fraktion)

- Beispiel eines Partizipationsmodells ist der Bürgerhaushalt
- Umsetzungsschwierigkeiten der im Memorandum genannten Rahmenbedingungen
- Migration - ein wichtiges Thema für bürgerschaftliches Engagement, muss im Memorandum integriert werden

Herr Dr. Löhnert (Paritätischer WOHLFAHRTSVERBAND; Landesverband Berlin)

- Von welchem Standort aus wird gesprochen und wer soll mit dem Memorandum angesprochen werden?
- Der Rahmen ist zu eng gewählt, es fehlt die politische Dimension
- Ganzheitlicher, umfassender Anspruch an das Memorandum
- Rolle und Aufgabe der Verwaltung ist für die Umsetzung bedeutsam

Herr Dr. Schack (Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes, Dachverband e.V.)

- An wen richtet sich das Memorandum?
- Sichtbarmachung des bereits bestehenden Engagements im Land Berlin
- Einbindung in konkrete Ziele und Aufgaben
- Medien als Vermittler unerlässlich
- Zentrales Ziel des Memorandums: Motivierung zu bürgerschaftlichem Engagement

Frau Frohnert (Arbeitskreis Berliner Senioren)

- Neue Begriffe sind schwierig, da dadurch das Bestehende nicht gesehen wird und abgewertet wird
- Frage nach der Finanzierung der neuen Strukturen

Herr Stawenow (Volkssolidarität Landesverband Berlin e.V.)

- Ansprüche und Erwartungshaltungen, die durch das Memorandum ausgelöst werden, müssen thematisiert werden
- Es fehlen die Kirchen als Adressaten im Memorandum
- Diskussion über Subsidiaritätsprinzip und bürgerschaftliches Engagement
- Partizipationsmöglichkeiten jenseits der traditionellen parlamentarischen Strukturen (Beispiel Bürgerhaushalt)
- Es gibt freiwilliges Engagement in Berlin, aber weniger als im Bundesvergleich
- Voran bringen der Verwaltungsreform; wo und wie fördert die Verwaltung das bürgerschaftliche Engagement?
- Im Memorandum sind die bestehenden Infrastrukturen zu allgemein gefasst, z.B. Freiwilligenbörsen, -agenturen, Nachbarschaftshäuser, etc.
- Der Freiwilligen-Pass sollte darin verankert werden
- Spezifische Berliner Aspekte des bürgerschaftlichen Engagements im Memorandum beachten
- Keine Verwissenschaftlichung des Memorandumprozesses

- Sicht der Ehrenamtlichen muss einfließen, die Hauptamtlichen sind die „Diener“ der Ehrenamtlichen
- Gefahr der „Verhauptamtlichung“ des Ehrenamtes

Herr Lehmann (MdA, FDP-Fraktion)

- Positive Bewertung der „Woche des Engagements“ im nächsten Jahr als Fortführung des „Internationalen Jahres der Freiwilligen“ von 2001
- Status quo des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin erfassen
- Perspektive von Berlin-Brandenburg einbeziehen
- Auftrag an die Politik formulieren, um den Prozess auf die Bahn zu bringen
- Memorandum ein erster guter Arbeitsentwurf

Herr Kegel (Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland)

- Ehrenamtlichkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten weiterentwickelt und an Bedeutung gewonnen
- Strukturwandel des Ehrenamtes darf die Leistungen des klassischen Ehrenamtes nicht abwerten
- Beispiele für das bürgerschaftliche Engagement aus verschiedenen Bereichen in das Memorandum aufnehmen
- Bürgerschaftliches Engagement soll einen Demokratisierungsprozess initiieren und fördern

Frau Jantzen, MdA (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

- Bürgerschaftliches Engagement ist nicht nur Ehrenamtlichkeit, sondern politisches Leben. Neue Beteiligungsformen und Demokratisierung müssen Ziel des bürgerschaftlichen Engagements sein
- Die parlamentarische Infrastruktur muss sich ändern (z.B. Bürgerhaushalte)
- Für die Gestaltung von Sozialräumen durch Selbstbestimmung und –verwaltung müssen Ressourcen vorgehalten werden
- Wie geht der Memorandumprozess weiter?

Frau Weißbecker, MdA (SPD-Fraktion)

- In Kreuzberg war der Versuch eines Bürgerhaushaltes nicht erfolgreich
- Rahmenbedingungen als Forderung an den Senat, außer Fahrtkosten
- Beseitigung von bürokratischen Engagementhemmnissen
- Der Memorandumprozess ist nicht Medien wirksam, daher schwierig in die Öffentlichkeit zu vermitteln
- Einführung des Freiwilligen-Passes nach Darlegung der Ergebnisse des Ehrenamtsberichts
- Zu berücksichtigen sind auch die Ergebnisse des Abschlussberichts der Agenda 21

Herr Ziese (Landesjugendring Berlin e.V.)

- Frage, was das Memorandum bewirken soll
- Gesellschaftspolitische Perspektive muss im Memorandum enthalten sein
- Aufzeigen von und Verständigung über Konfliktlinien

- Tendenz der Priorität von bürgerschaftlichem Engagement und Freiwilligenarbeit gegenüber anderen Hilfestellungen. Aktivitäten im Bereich Senioren und Behinderte sind dominant.
- Jugend ist oft außerhalb des Blickfelds
- Warum sind nur die „sozialpolitischen“ Sprecher/innen der Parteien eingeladen und nicht andere? Der Bereich Jugend bleibt dabei eher außen vor.

Frau Christiansen (Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz)

- Wie macht man bürgerschaftliches Engagement öffentlich?
- BEEport kann auch als Darstellungsort für das Memorandum genutzt werden
- Wo schließt das Memorandum an, von welcher Basis geht es aus?
Daher wäre der Einbezug des Ehrenamtsberichts sinnvoll.

Herr Walther (E-City-Berlin)

- Wo stehen wir in Sachen bürgerschaftliches Engagement in Berlin?
- Bürgerschaftliches Engagement als Kultur des guten Beispiels
- Verstärkung und Ermutigung für das bürgerschaftliche Engagement ist notwendig
- Sehr heterogene Bevölkerungsstruktur in Berlin. Einerseits generationenspezifische und generationsübergreifende Angebote. z.B. Institution Schule und Migration, dabei kann Engagement als Integrationsmedium wirken
- Stärkerer Einbezug von ethnisch engagierten Gruppen
- Start des Bürgerportals ab 04. Dezember 2003 mit E-City-Berlin
- Kommunikativer Aspekt - neue Wege gehen
- Vermeidung von verstaatlichtem Bürgerengagement
- Anerkennungskultur ist wichtig. Z.B. Stiftertag im Berliner Rathaus

Frau Dr. Brangsch (PDS)

- Wie weit fasst man bürgerschaftliches Engagement?
- Abbau von Barrieren, die bürgerschaftliches Engagement hemmen und Rahmenbedingungen schaffen, z.B. Veränderung der Verbände- und Vereinsstrukturen
- Problemerkennung und Austausch über Barrieren hinweg
- Für alle Engagierten eine Chance, auch für die Unbequemen und nicht Konformen. Modell des Bürgerhaushalts als Experimentierfeld für konkrete Bürgerbeteiligung in 40 Kommunen in Deutschland und drei Bezirken in Berlin. (Beispiel Porto Allegre in Brasilien)
- Räume schaffen für weiterführende Diskussion zum Memorandum
- Die PDS-Fraktion unterstützt diesen Prozess

Frau Brandes (Agenda-Büro 21)

- Abschlussbericht des Agenda-Büros liegt zum 07. Dezember 2003 vor. Zehn prioritäre Zielsetzungen, darunter auch die Förderung des sozialen Lebens in der Stadt sowie Partizipation junger Menschen als grundlegendes Ziel

Herr Dr. Klein (BBE)

- Vielfalt dessen, was es in Berlin bereits gibt, wurde deutlich. Es gilt diese nun einzuordnen und zu verknüpfen.
- Kritische Reflektion aller Akteure ist für den Memorandumprozess wichtig

- Leitlinien und Leitbilder der Staatsform: Aktivierender Staat, kritische Diskussion darüber. Reformpolitische Maßnahmen und Engagementförderung „runterdeklinieren“ in die konkrete Ebene.

Frau Radziwill, MdA (SPD-Fraktion)

- Memorandum möchte eine Ausgangslage für ein gemeinsames Zusammenleben in dieser Stadt schaffen. Das Memorandum sollte in einfacher Sprache für alle leicht verständlich geschrieben sein und dadurch die Motivation der Menschen für das bürgerschaftliche Engagement fördern.

4. Zehn Kernaussagen der Diskussion zum Memorandumsentwurf

1. Die Zielgruppen des Memorandums sollen konkretisiert werden
2. Das bereits bestehende bürgerschaftliche Engagement in Berlin soll im Memorandum sichtbar gemacht und gewürdigt werden
3. Im Memorandumsentwurf sind die bestehenden Infrastrukturen zu allgemein gefasst, sie sollen konkreter benannt werden, wie z.B. Freiwilligenbörsen, -agenturen, Nachbarschaftshäuser, etc.
4. Die gesellschaftspolitische Perspektive soll im Memorandum deutlich gemacht werden
5. Das Thema Migration soll in das Memorandum aufgenommen werden
6. Die Schnittflächen zwischen den drei Akteuren:
Staat – Markt – Dritter Sektor sollen ausgelotet und verbunden werden
7. Die länderübergreifende Perspektive von Berlin-Brandenburg soll in das Memorandum einbezogen werden
8. Die konkreten Ziele und Aufgaben der Akteure sollen formuliert werden
9. Die Medien als Vermittler von bürgerschaftlichem Engagement sollen benannt werden
10. Die Zielsetzung und Umsetzung des Freiwilligen-Passes soll im Memorandum verankert werden

5. Perspektive des Memorandumprozesses

- Eine Open-Space Online-Konferenz könnte als Diskussionsforum für den Memorandum/Charta-Entwicklungsprozess im BEEport genutzt werden
- Die Ergebnisse des Ehrenamtsberichtes und die Endfassung der Charta sollen in der Woche der Ehrenamtlichkeit, 25. September bis 02. Oktober 2004 veröffentlicht werden

Memorandum zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin

1. Das Bürgerschaftliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer lebendigen, vielfältigen und solidarischen Gesellschaft. Es umfasst sowohl das Stiftungswesen, das Ehrenamt, die Freiwilligenarbeit und die Selbsthilfe von aktiven Bürgerinnen und Bürgern als auch das Engagement von Organisationen, Verbänden und Unternehmen.
2. Alle Unterzeichner dieses Memorandums erkennen die Bedeutung des Bürgerschaftlichen Engagements für das Gelingen eines guten Zusammenlebens in dieser Stadt an. Sie sprechen sich für die tragenden Grundwerte des Freiwilligen Engagements aus und unterstützen sie mit Wort und Tat: Solidarität, Gemeinsinn und Bereitschaft zu einem aktiven persönlichen Beitrag für eine demokratische Gesellschaft in Berlin.
3. Bürgerschaftliches Engagement ist eine Aufgabe aller, dazu zählen die Bürgerinnen und Bürger, demokratisch verfasste Initiativen, Verbände und Vereine, Gewerkschaften und Unternehmen sowie die politischen Parteien des Landes Berlin.
4. Die genannten Akteure sehen in der Schaffung von notwendigen Rahmenbedingungen* im materiellen, wie im ideellen Sinne, eine nachhaltige Förderung des Bürgerschaftlichen Engagements. Dabei müssen bestehende Unterstützungsstrukturen der Freiwilligenarbeit und Bürgerbeteiligung gesichert und erweitert sowie neue Formen ermöglicht werden.
5. Gemeinsames Ziel aller, der freiwillig Aktiven selbst, wie auch der Träger und Organisatoren des Freiwilligen Engagements und der Politik ist es, bürgerschaftliches Engagement als sichtbaren und selbstverständlichen Bestandteil im Land Berlin zu verankern. Die Unterzeichner halten es für entscheidend für die Beförderung des Freiwilligen Engagements in Berlin, dass diese große gesellschaftliche Ressource allen Interessierten leicht erschließbar angeboten wird sowie einen attraktiven Platz in der öffentlichen Wahrnehmung einnehmen kann. Die dafür notwendigen Kontakte, Infrastrukturen und Rahmenbedingungen sollen im Interesse einer lebendigen Stadt, Unterstützung und politisches Gehör finden.
6. Dieses Memorandum erkennt an, dass bürgerschaftliches Engagement als Bestandteil und Erzeuger einer gesellschaftlichen Kultur gebraucht wird. Es kann nicht Bestandteil nur eines Sektors in der Berliner Gesellschaft sein, sondern durchzieht alle drei gesellschaftlichen Sektoren: Staat, Markt und Gesellschaft. Sie partizipieren an der Idee und der Praxis bürgerschaftlichen Engagements und sie verbinden sich als Partner für die weitere Beförderung und Gestaltung Freiwilligen Engagements in Berlin.
7. Dieses Memorandum ist Anstoß dazu, die Rolle des Freiwilligen Engagements selbstverständlicher und zugleich vielgestaltiger zu verstehen und anzubieten. Gemeint ist der Austausch zwischen Freiwilligen auf der Nachbarschafts-, der Regional-, Landes-, Bundes- und Europa-Ebene: Es geht um die Beförderung des Austausches in der Zivilgesellschaft, der sich unmittelbar in den Aktionen und Verbindungen zwischen den aktiven Individuen spiegelt. Und es geht für Berlin darum, die zivilgesellschaftlichen Handlungsräume für Menschen in ihrem unmittelbaren Umfeld bis hin zu internationalen Netzwerken als Einladung zum Miteinander zu präsentieren.

* Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement sind folgende:

- a. Versicherungsschutz (Unfall- und Haftpflichtversicherung)
- b. Auslagenerstattung (Fahrtkosten)
- c. Fortbildungsangebote
- d. Einführung und Begleitung der Freiwilligen
- e. Anerkennungskultur

Einführungsstatement von Dr. Ansgar Klein

Geschäftsführer des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE)

Die soeben erarbeiteten Statuten des „Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement“ in Form des 15 Punkte Papiers können als politisches Aktionsprogramm und Memorandum für bürgerschaftliches Engagement gesehen werden. Ich kann diesem Kreis anbieten, sich daraus Anregungen für das Berliner Memorandum, soweit übertragbar, zu holen.

Eine intensive Diskussion zur Begrifflichkeit des bürgerschaftlichen Engagements gab es bereits in der Enquete-Kommission zur „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ und im „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“, das sich im letzten Jahr konstituiert hat. Im Folgenden möchte ich einige Gedanken dazu vorstellen.

Das Spannungsfeld zwischen allgemeinem bürgerschaftlichen Engagement und dem politischen Engagement im engeren Sinne wurde ausgelotet und aufgezeigt. Diese Bereiche sind miteinander verbunden und müssen zusammenhängend gesehen werden.

Das klassische Ehrenamt gilt mittlerweile vielerorts trotz anhaltend großer Bedeutung als antiquierter Begriff, jüngere Leute benutzen den Begriff Freiwilliges Engagement, der mehr Selbstbewusstsein und Selbstbestimmtheit mit dem Engagement verbindet.

Die Selbsthilfe, als Hilfe für andere aus der eigenen Betroffenheit heraus, muss auch zum bürgerschaftlichen Engagement gerechnet werden. Zur Zeit engagieren sich mehr als zwei Millionen Menschen allein im Bereich der Selbsthilfe.

Der Begriff des „sozialen Kapitals“ ist für die Diskussion wichtig: Die amerikanischen Gesellschaftswissenschaftler Coleman und Putnam⁶ legen in ihrer Analyse den Fokus auf das Vertrauen in die Gesellschaft, daraus generiert sich der Zusammenhalt in der Gesellschaft. Dem gegenüber hebt der französische Theoretiker Bourdieu⁷ auf die soziale Ungleichheit ab und bewertet bürgerschaftliches Engagement als sozialstrukturelle Ressource, verbunden mit einer Transferleistung.

Für die Entwicklung eines Memorandums ist das Verständnis für die sozialintegrativen Potentiale des bürgerschaftlichen Engagements – und nicht nur für seine im engeren Sinne politischen Potentiale - entscheidend. So sollte sich z.B. die Praxis eines multi-ethnischen Sportvereins in einem Memorandum wiederfinden. Das Engagement ist dabei als wichtiger Integrationsansatz zu bewerten.

⁶ Für einen ersten Überblick siehe J.S. Coleman 1988: Social Capital in the Creation of Human Capital, in: American Journal of Sociology, S. 94, Supplement, S. 95-120; Putnam, R.D. 2002: Soziales Kapital in der Bundesrepublik Deutschland und in den USA, in: Deutscher Bundestag, Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft, Opladen, S. 257-271.

⁷ P. Bourdieu 1983: Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: R. Kreckel (Hg.): Soziale Ungleichheiten, Soziale Welt, Sonderband 2, Göttingen: S. 183-198.

Engagementförderung und -politik wird im Verständnis des Bundesnetzwerkes sowohl als Querschnittspolitik als auch als Bereichspolitik behandelt. Beachtet werden muss, dass sich querschnittliche und bereichsspezifische Ansätze gegenseitig ergänzen und nicht ausschließen und es sollte ein Zusammenhang hergestellt werden zwischen Engagementpolitik und Demokratiepilotik, der den Ausbau der Gestaltungsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger ermöglicht. Der Gestaltungsauftrag muss Gestaltungsoptionen der gesellschaftlichen Partizipation für Bürgerinnen und Bürger bereit halten. Daraus können sich Verantwortungsprobleme ergeben: Wer entscheidet letztlich in einer repräsentativen Demokratie?

Auf kommunaler Ebene gibt es interessante Initiativen, wie z.B. die der Bürgermitgestaltung in Form der Bürgerhaushalte. Als bekanntes Beispiel ist hier Porto Alegre in Brasilien zu nennen. Mit diesem Konzept werden die „Heiligen Kühe“ der Verwaltung geschlachtet und die Ernsthaftigkeit des bürgerschaftlichen Beteiligungsanspruchs auf die Probe gestellt.

Engagementpolitik darf nicht nur ein Appendix sein, sondern muss weitergehend die Demokratisierung öffentlicher Einrichtungen, wie z.B. Schulen, Kindergärten, Kindertagesstätten, Krankenhäuser d.h. die ganze Vielfalt von Einrichtungen mit ihren professionellen und bürokratischen Strukturen erreichen. Auf diesem Hintergrund können die Strukturen nicht so bleiben, wie sie sind. Bloße Appelle reichen eben nicht aus – die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements erfordert strukturelle und institutionelle Reformen.

Das kann am Beispiel Schule verdeutlicht werden: Bestehende Instrumente wie z.B. Eltern- und Schülermitverwaltungen sind bisher oftmals nur auf Randentscheidungen und nicht auf die Kernbereiche der Schule ausgerichtet. Als positives Beispiel ist hingegen das Konzept „Service-Learning“ zu nennen: Dabei muss die Veränderung der bürokratischen Struktur von „Schule“ als Voraussetzung für die Öffnung der Schule in die Bürgergesellschaft entwickelt werden.

Demokratie- und Engagementpolitik im Zusammenhang ist als ein sehr komplexes Thema gesellschaftspolitischer Art zu verstehen, diese Verbindung sollte in einem Memorandum eine Rolle spielen.

Besonders hinweisen möchte ich dabei auf eine problematische Auffassung von Bürgergesellschaft, die Staat, Markt und Dritten Sektor als separate Bereiche wahrnimmt und den Dritten Sektor mit der Bürgergesellschaft gleichsetzt. Es ist jedoch nicht hilfreich, dies so zu denken. Vielmehr ist die Bürgergesellschaft der Zusammenhang dieser drei Sektoren, die miteinander interagieren und Schnittflächen zueinander ausbilden. Diese müssen sondiert und gestärkt werden und in einem Memorandum zum Thema gemacht werden. Dabei geht es bis in die Strukturen von Einrichtungen hinein und bedeutet, dass in diese Strukturen die Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger stärker einbezogen werden muss.

Ich möchte hier keine ausufernde topografische Debatte um Begriffe und gesellschaftliche Bedeutung im Kontext der Bürgergesellschaft führen. Ein Hauptaspekt bleibt jedoch die Schnittfläche der Sektoren: Staat - Wirtschaft und Dritter Sektor. Die Qualität des Zusammenspiels dieser drei Sektoren entscheidet über die „bürgerschaftliche Qualität“ dieser Gesellschaft. Diese Sichtweise eröffnet den Zugang zu differenzierten Interventionsebenen der Engagementförderung

(von der Leitbilddebatte über die Organisationsreform bis zu rechtlichen Rahmenbedingungen) und schließt die Management- und Organisationspolitik von Verbänden und Einrichtungen mit ein. Engagementförderung darf nicht stehen bleiben bei einer reinen Rekrutierungsstrategie von „mehr Freiwilligen“. Es besteht durchaus die Gefahr, dass Engagement als „Ausfallbürge“ missbraucht wird, um die Engagierten in diese Lücken hinein zu rekrutieren, aus denen sich der Staat zurückzieht und wo professionelle Arbeit reduziert werden muss. Wenn man so vorgeht, läuft man Gefahr, dass die Engagierten demotiviert werden und abspringen.

Insbesondere, da sich die Motive der Engagierten verändert haben. Die soziologische Debatte über den Wertewandel und das „Neue Ehrenamt“, über den Motivwandel für das Engagement, bis hin zu projektbezogenem Engagement muss Beachtung finden. Das bedeutet für das Verfassen eines Memorandums, nicht nur in Rekrutierungsstrategien abzugleiten, sondern adäquate Rahmenbedingungen für Engagierte deutlich zu machen, einzufordern und die verschiedenen Schnittstellen der Interventionsmöglichkeiten der Engagementförderung zu benennen.

Folgende Punkte sollten im Memorandum noch Berücksichtigung finden:

- die Differenz zwischen der Berliner Landes- und Stadtpolitik sollte deutlich gemacht werden, damit man mit der Länderebene stärker intervenieren kann
- die Migranten/innen als Zielgruppe für die Integrationspolitik sollten aufgenommen werden und eine eigene kommunale Debatte über Förderung und Integration von Migranten/innen angestoßen werden
- das bürgerschaftliche Engagement sollte durchaus auch das segregierte Engagement von einzelnen ethnischen Gruppen unterstützen, da es das gesamtgesellschaftliche Engagement fördert und zur Integration beiträgt (dazu siehe die neue „Berlin-Studie“ des WZB zum Engagement von Migranten/innen)

Im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement wurde entschieden, dass es 2004 eine „Woche des Engagements“ geben soll. Frau Schaaf-Derichs vom Treffpunkt Hilfsbereitschaft als Gründerin des Berliner Freiwilligentages gibt uns für unser Vorhaben auf Bundesebene wichtige Hinweise.

Die bundespolitische Einschätzung der Situation nach dem Internationalen Jahr der Freiwilligen 2001 und dem Ende der Enquete-Kommission wird dahingehend bewertet, dass das öffentliche Interesse am Thema bürgerschaftliches Engagement wieder zurückgegangen ist. Um diesem Trend etwas entgegen zu setzen, soll die „Woche des Engagements“ die Aufmerksamkeit wieder erhöhen. Dabei wäre es wünschenswert, wenn es eine ausgeprägte Beteiligung Berlins geben würde. Die „Woche des Engagements“ ist im Zeitfenster vom 25. September bis 2. Oktober 2004 vorgesehen. Die Beteiligung an dieser Aktionswoche muss natürlich von den Verbänden der Mitgliedsebene auf die lokale Ebene „herunter gebrochen“ werden. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement sieht es als seine Aufgabe an, ausgewählte Projekte, die im Rahmen der Woche geplant werden, medial zu begleiten und zu zeigen, welche Probleme und welche Breite an attraktiven Engagementmöglichkeiten es im bürgerschaftlichen Engagement gibt. Abschließend möchte ich sagen, dass das 15 Punkte Papier des Bundesnetzwerkes jetzt verstärkt kommuniziert und realisiert werden muss. Bürgerschaftliches

Engagement wird zunehmend ein gesellschaftspolitisches Thema mit großer Zukunft und nicht nur ein „Ausfallbürgenthema“ sein. Es ist zu begrüßen, dass das Memorandum mit einem anschließenden Chartaprozess in Berlin angestoßen ist. Wichtig ist dabei im Auge zu behalten, dass die Entwicklung eines Memorandums nicht als abschließender Zielpunkt verstanden wird, sondern eigentlich erst den Beginn einer weiterführenden Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements für diese Stadt bedeutet.

Eingeladene Teilnehmer/innen Runder Tisch 2003

Thema: Memorandum zum Bürgerschaftlichen Engagement in Berlin

Datum: 26.11.2003

Patin: Ülker Radziwill, MdA; SPD-Fraktion, sozialpolitische Sprecherin

	Eingeladen	Teilnahme
1. Thomas Kegel, Akademie für Ehrenamtlichkeit Deutschland	x	✓
2. Dr. Ansgar Klein, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	x	✓
3. Birger Hartnuß, Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE)	x	
4. Beatrix Meier-Tacke, Caritasverband für Berlin e.V.; Landesverband	x	
5. Gregor Hoffmann, MdA; sozialpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion	x	✓
6. Friedemann Walther, Senatskanzlei des Landes Berlin	x	✓
7. Dr. Eberhard Löhnert, Der PARITÄTISCHE Wohlfahrtsverband, LV Berlin	x	✓
8. Dr. Dieter Schack, Sozialwerk des Demokratischen Frauenbundes, DV e.V.	x	✓
9. Verena Freyer, Bundesverband Deutscher Stiftungen	x	✓
10. Renate Braun, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg e. V.	x	
11. Rainer-Michael Lehmann, MdA; sozialpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion	x	✓
12. Markus Runge, Sprecher der LAG der Freiwilligenagenturen Berlin	x	✓
13. Gregor Ziese-Henatsch, Landesjugendring Berlin e.V.	x	✓
14. Dr. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion, sozialpolitische Sprecher	x	
15. Dr. Petra Brangsch, wissenschaftliche Mitarbeiterin PDS-Fraktion		✓
16. Carmen Malling, Humanistischer Verband Deutschland	x	✓
17. Elfi Jantzen, MdA, Bündnis 90/Die Grünen, ges.- u. soz.-polit. Sprecherin	x	✓
18. Ebba Christiansen, Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	x	✓
19. Hiltrun Hütsch-Seide, Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport	x	✓
20. Ursula Reitzig, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	x	
21. Margot Brandes, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	x	✓
22. Gabriela Kordeck, Senatsverwaltung für Stadtentwicklung	x	✓
23. Angelika Delin, Senatsverwaltung Inneres	x	✓
24. Malte Stenck, Senatsverwaltung Inneres	x	✓
25. Günter Piening, Integrationsbeauftragter des Senates Berlin	x	
26. Günter Lewanzik, Der Beauftragte für Integration und Migration		✓
27. Jutta Weißbecker, MdA; SPD-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus	x	✓
28. Klaus Hornemann, Unionhilfswerk Landesverband Berlin e.V.	x	
29. Daniel Büchel, Unionhilfswerk Landesverband Berlin e.V.	x	✓
30. Peter Stawenow, Volkssolidarität – Landesverband Berlin e.V.	x	✓
31. Peter Stawenow, in Vertretung für den Landesseniorenbeirat Berlin	x	✓
32. Ulrich Wiebusch, Senatsverwaltung Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	x	
33. Heidi Jockel, Deutscher Gewerkschaftsbund, Bezirk Berlin-Brandenburg	x	
34. Dr. Manfred Schmidt, LAGH Berlin e.V.	x	
35. Karin Stötzner, SEKIS, Landesverband der Selbsthilfekontaktstellen	x	
36. Geschäftsführung, Unternehmerverband Berlin	x	
37. Berndt Maier, Sozialverband VdK Berlin-Brandenburg	x	
38. Dr. Herbert Scherer, Verband für sozio-kulturelle Arbeit	x	
39. Geschäftsführung, Arbeiterwohlfahrt Landesverband Berlin e. V.	x	
40. Inge Frohnert, Arbeitskreis Berliner Senioren	x	✓
41. Barbara Beuth, Arbeitskreis Freiwilliges Engagement in Berlin (AK FEB)	x	
42. Igor Singer, Jüdische Gemeinde Berlin e.V.	x	
43. Regina Saeger, Landesseniorenbeirat Berlin	x	
44. Wolfgang Ebling, Sportjugend Berlin	x	

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Barbara Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Dritter Runder Tisch zur Förderung des Freiwilligen Engagements in Berlin 2003

Thema:

Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft

<u>Patenschaft:</u>	Frau Elfi Jantzen, MdA, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
<u>Veranstalter:</u>	Treffpunkt Hilfsbereitschaft
<u>Ort:</u>	Berliner Abgeordnetenhaus
<u>Datum:</u>	26. Januar 2004, 17:00 bis 19:20 Uhr
<u>Moderation:</u>	Frau Carola Schaaf-Derichs, Leiterin des Treffpunkts Hilfsbereitschaft
<u>Projektkoordination:</u>	Frau Barbara Weigl, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Vertreter aus der Senatsverwaltung:

Herr Volkmar Strauch, Staatssekretär für Wirtschaft
Senatsverwaltung Berlin

1. Begrüßung durch Frau Schaaf-Derichs und Einführung durch Frau Jantzen

Frau Jantzen gibt eine kurze Vorstellung der Landesinitiative für bürgerschaftliches Engagement in Berlin, die auf Antrag aller Fraktionen im Berliner Abgeordnetenhaus seit Ende 2003 zustande gekommen ist. Frau Jantzen betont, dass sie ein besonderes Interesse an der Patenschaft am Thema dieses Runden Tisches habe und entschuldigt die Abwesenheit von Frau Paus, MdA, wirtschaftspolitische Sprecherin des Bündnis 90/Die Grünen, die an der Vorbereitung dieses Runden Tisches beteiligt gewesen ist.

2. Einführungsstatement von Herrn Volkmar Strauch, Staatssekretär für Wirtschaft, Senatsverwaltung Berlin (ausführlicher Redebeitrag - siehe Seite 35)

Herr Staatssekretär Strauch:

Er gibt einen kurzen historischen Abriss und seine Einschätzung über die spezifische Entwicklung des Mäzenatentums in der Stadt Berlin.

Frau Schaaf-Derichs:

Als Beispiel für die von Herrn Strauch skizzierte Situation für Berlin, bestätigt Frau Schaaf-Derichs, dass das Sponsoring aus der Kapitalwirtschaft für den Treffpunkt Hilfsbereitschaft immer zeitlich begrenzt gewesen sei. Der Bereich Fundraising und Sponsoring sei seit mehr als zehn Jahren ein Instrument unabhängig von öffentlichen Mitteln die Projektfinanzierung zu sichern. Er wurde aber nie sehr bedeutsam und ist in den letzten acht Jahren eher rückläufig gewesen.

3. Interviews mit Vertreter/innen aus drei Kooperationsprojekten zwischen Wirtschaft und öffentlichem Sektor

3.1 Patenschaftsmodell Veolia Stiftung

Interviewpartnerinnen:

Frau Sylke Freudenthal, Geschäftsführerin der Veolia Stiftung

Frau Inge Herbert, Mitarbeiterin von Veolia Water, Deutschland GmbH

Fragen an Frau Freudenthal

Steckbrief des Unternehmens:

Veolia Environment, ein internationaler Umweltdienstleister im Bereich der Wasserversorgung, Energiedienstleistung, Entsorgung und Verkehr.

Steckbrief der Stiftung und des Patenschaftsprojektes:

Die Veolia Stiftung, vormals Vivendi, ist eine französische Stiftung.

Die Stiftungsgründung erfolgte 2001 in Berlin durch den Vertrag zur Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe. Darin sind Aufgaben verankert, die der Veolia-Stiftung Förderung im Bereich Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, Forschung und Soziales auferlegt.

Das Patenschaftsprojekt soll bevorzugt Sozialprojekte fördern, die das soziale Leben der Stadt bereichern. Die Patenschaft besteht darin, dass das Unternehmen jedem geförderten Projekt einen Mitarbeiter zur Seite stellt. Dies kennzeichnet den persönlichen Charakter der Förderung, der Begegnung und Austausch der Beteiligten und die Langfristigkeit der Begleitung anstrebt. Den Mitarbeitern soll eine neue Sicht auf ihre Stadt ermöglicht werden sowie die Begegnung der beiden Welten: Unternehmen und Soziales.

Beteiligte im Rahmen der Patenschaft:

Seit 2001 sind 92 Projekte gefördert worden, es gibt ein Netzwerk mit ca. 80 Paten aus den verschiedenen Betrieben von Veolia Water. Die Projektauswahl erfolgt durch die Paten selbst. Das „Corporate Giving“ entwickelt sich aus der Patenschaft der kompetenten und engagierten Mitarbeiter/innen .

Was gewinnt das Unternehmen aus dem Patenschaftsprojekt?

Positive Effekte sind die höhere Identifikation der Mitarbeiter/innen mit dem Unternehmen, Vernetzung der Mitarbeiter/innen, Entwicklung von sozialer Kompetenz und Förderung von Engagement auch im Unternehmen.

Die Profilierung des Unternehmensimage führt dazu, dass das Unternehmen menschlicher, transparenter und als eigene Firma wahrgenommen wird.

Die Vernetzung mit lokalen Partnern in Berlin aus verschiedenen Sektoren erweitert die Akzeptanz und Bekanntheit des Unternehmens.

Frage an Frau Herbert

Motivation und eigenes Interesse am Patenschaftsmodell:

Frau Herbert betont ihre Selbstbestimmtheit im Rahmen ihres Patenschaftsengagements, das nicht reglementiert wird, da das Unternehmen eine Freistellungen in der Arbeitszeit gewährt. Sie schätzt das solidarische Gefühl mit den anderen engagierten Kollegen/innen im Betrieb.

Welche Aufgaben werden für die Patenschaftsprojekte übernommen?
Marketing, Öffentlichkeitsarbeit, Pressegestaltung, Kontaktvermittlung, „Türen öffnen“, Vermittlung von Räumlichkeiten und Materialien.

Welchen persönlichen Gewinn bietet die Mitarbeit am Patenschaftsmodell?
Erweiterung des Lebenshorizontes, Förderung von Kreativität aus den Freiräumen des Neuen, Kontakt mit neuen, interessanten Menschen.

3.2 Partnerschaft Schule - Betrieb

Interviewpartnerin:

Frau Sibylle Volkholz, Projektleiterin Partnerschaft Schule – Betrieb, IHK-Berlin

Fragen an Frau Volkholz

Steckbrief des Partnerschaftsprojekts:

Im April 2000 wurden die ersten Partnerschaften zwischen Schulen der Sekundarstufe 1 und 2 und Betrieben, (nur Ausbildungsbetriebe) initiiert. Zur Zeit sind 55 Schulen und 72 Partnerschaften im Projekt. Es gibt nach wie vor einen Westschwerpunkt, als Projektleiterin hat Frau Volkholz Autonomie in der Auswahl der Kooperationspartner.

Es gibt kein flächendeckendes Konzept, die jeweiligen Partner vereinbaren ihre eigenen Profile und die Art des Austausches selbst und schreiben dies in einem Kooperationsvertrag nieder.

Ziele des Partnerschaftsprojektes:

Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit der Schule und Verbesserung der Berufsorientierung für die Schüler/innen

Konkrete Angebote der Betriebe:

- Betriebsbesichtigungen, Praktika, Informationen über Ausbildungen, Tipps für Bewerbungen, Bewerbungstraining.
- Zahlreiche Projekte werden von Auszubildenden getragen, die Schüler/innen über die Ausbildung informieren.

Selbstkritik:

Frau Volkholz gibt zu bedenken, dass die Begleitung der Partnerschaften noch intensiviert werden und die Akquise von neuen Betrieben verstärkt werden könnte, da noch freiwillige Betriebe als Projektpartner fehlen.

Die Koordination der Schulen mit den Betrieben wird über eine hauptamtliche Stelle in der IHK geleistet.

Was gewinnen die Unternehmen aus dem Partnerschaftsprojekt?

- Entstehung von „Corporate Identity“ bei den Betrieben, die im Partnerschaftsprojekt engagiert sind
- Kennenlernen der potentiellen Auszubildenden
- Verbesserung der Grundbildung und von „Soft skills“ der Auszubildenden in Kooperation mit der Schule

- Aufgrund der demografischen Veränderungen, müssen die Betriebe in Zukunft mit einem Auszubildendenmangel rechnen. Sie bekommen durch die Partnerschaft direkten „Zugang“ zu Schulabgängern und sparen sich ein schwieriges Assessment in der Auswahl des/r richtigen Auszubildenden für ihren Betrieb

Was kostet die Beteiligten das Partnerschaftsmodell?

Für die Schule:

- Bereitstellung von Räumen
- personelle Ressourcen
- Engagementbereitschaft und Offenheit

Für die Unternehmen:

- Zeitliche Zusatzbelastung
- Engagementbereitschaft und Offenheit

Wie profitieren die Schüler/innen vom Partnerschaftsprojekt?

- Vermittlung von Ausbildungsplätzen an der Partnerschule
- Vorstellung von anwendungsbezogenem Wissen
- Bewerbungsinformationen

Der eigene Gewinn aus dem Partnerschaftsmodell:

- Koordination von erfolgreichen „Joint ventures“ Projekten
- Begleitung eines Projektes von Beginn an bis Ende der Laufzeit
- Befriedigende Erfahrung, wenn die Vermittlung von neuen erfolgreichen Kooperationen zwischen Schulen und Betrieben gelingt

Im Anschluss an das Interview wurde Frau Volkholz gefragt, ob es noch antikapitalistische Bestrebungen in der Lehrerschaft, bzw. Vorbehalte gegen soziale Projekte bei den Unternehmen gäbe?

Frau Volkholz verneinte dies, da sie es in ihrer bisherigen Zusammenarbeit mit den Schulen nicht feststellen konnte. Bei den Betrieben sei öfter eine ablehnende Haltung gegenüber bürgerschaftlichem Engagement anzutreffen, da von ihnen argumentiert wird, dass die konjunkturelle Lage zu schlecht und die steuerliche Belastung hoch genug sei. Durch das Kennenlernen der engagierten Lehrerschaft von den Betrieben, würden bestehende Vorurteile, insbesondere das negative Bild der Hauptschule und –schüler/innen abgebaut.

3.3 Organizing Schöneweide

Interviewpartner:

Herr Prof. Dr. Leo Penta, Katholische Hochschule für Sozialwesen Berlin

Fragen an Herrn Prof. Dr. Penta

Entstehung und Ziele des Organizing Schöneweide:

Herr Prof. Dr. Penta stellt sich als Wahlberliner vor, der seit sieben Jahren in Berlin lebe. Seine Erfahrungen mit dem „Community-Organizing“ aus New York möchte er in Berlin in die Form des bürgerschaftliches Engagement übertragen, das hier noch nicht so verbreitet ist. Er bezeichnet es eher als „Prozessvorbereitung Schöneweide“ was einer sehr intensiven und längerfristigen Beziehungsarbeit bedarf. Herr Prof. Dr. Penta betont, dass die Befähigung mit wirtschaftlich tätigen Menschen zu kommunizieren und zu kooperieren für Sozialprojekte zunehmend wichtiger werde. Dabei spielt die Zusammenführung von verschiedenen, z.T. sehr unterschiedlichen Sektoren, wie z.B. Unternehmen und Praktiker/innen aus dem sozialen Bereich eine wichtige Rolle.

Was ist das Ziel des „Community Organizing“?

- Der Aufbau einer Bürgerplattform

Was sind gemeinsame Interessen?

- Das Engagement für ein Gemeinwesen, das möglichst viele Akteure, Gruppen und Institutionen mit einbezieht
- Eine wahrnehmbare Kraft in einer/m Region/Bezirk zu werden
- Übergreifende Interessen auszuloten und im Dialog zu verwirklichen

Wie gestaltet sich die Umsetzung des „Prozess-Organizing Schöneweide“?

- Intensive Beziehungsarbeit in einem Quartier
- Interessenerkundung für die Entwicklung der Eigenständigkeit der Akteure
- Bis zu diesem Stadium ist eine Anschubfinanzierung nötig, um eine professionelle Koordination zu finanzieren
- Selbständige Finanzierung der Bürgerplattform, u.a. durch Sponsoring von den lokalen Betriebe
- Die Plattform soll ein Übungsfeld darstellen, um eine gemeinsame Sprache zu entwickeln und damit zu helfen, Barrieren und ideologische Vorbehalte abzubauen.

4. Diskussion

Von Herrn Staatssekretär Strauch wurden die zu lange Wartezeit für Unternehmen und Betriebe, die die Senatsverwaltung für Wirtschaft als Ansprechpartner für ihr Engagement suchen, selbstkritisch thematisiert.

In der weiteren Diskussion wurde betont, dass es für alle beteiligten Projektpartner eine „win-win-Situation“ geben müsse, damit es auch für Unternehmen attraktiv sei, sich zu engagieren. Die Unternehmen profitieren davon, dass soziales Lernen in der Projektarbeit möglich ist. Die Projekte wiederum könnten von genuinen Produkten und Dienstleistungen der Firmen profitieren. Kontrovers diskutiert wurde, inwiefern öffentlicher Druck von außen auf die Unternehmen zu mehr Engagement führen würde. Einige Unternehmensvertreter/innen sprachen sich dagegen aus und betonten, dass es auf das innere Klima im Betrieb ankäme, wie das Engagement bei der Belegschaft angenommen würde und welche Unternehmenskultur sich daraus entwickelt. Um dies zu erreichen sei eine gezielte interne und externe Öffentlichkeitsarbeit wichtig. Die Projektpartner aus dem Non-Profitbereich müssen ihre Anschluss-

fähigkeit an die Unternehmen entwickeln und von den Unternehmen wird eine Offenheit für die speziellen Problemlagen der Projekte gewünscht. Hierfür müsse es Räume und Gelegenheiten geben, um miteinander in einen Austausch zu treten und die weitgehend separaten Welten einander näher zu bringen. Ein Vertreter eines Wohlfahrtsverbandes gab zu bedenken, dass die Wohlfahrtsverbände selbst große Unternehmen geworden seien und sie ohne Freiwilligenarbeit und bürgerschaftliches Engagement nicht bestehen könnten und diese ein Maßstab für die Qualität ihrer Arbeit werden müsse.

In seinem Abschlussstatement sicherte Herr Staatssekretär Strauch eine stärkere Verwaltungsbeteiligung seines Ressort bei der Unterstützung von unternehmerischem Engagement und als Ansprechpartner für NGO zu.

5. Resümee

Aus den Informationen der Interviewpartner/innen und aus der anschließenden Diskussion können folgende Ergebnisse festgehalten werden:

- Es gibt eine berlinspezifische Situation in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement, da es in dieser Stadt keine generationsübergreifende und tradierte Unternehmensstruktur mehr gibt.
- Zukünftig soll es eine stärkere Unterstützung der Senatsverwaltung für Wirtschaft für Aktivitäten des Corporate Citizenship geben.
- Es müssen Anlässe und Orte geschaffen werden, an denen der Austausch von Unternehmensvertretern/innen und Vertretern/innen aus Non-Profit-Organisationen möglich ist. Dadurch kann eine gemeinsame Sprache und Kommunikationskultur geschaffen werden, die helfen soll, Barrieren und ideologische Vorbehalte abzubauen.
- Kleine Freiwilligenprojekte sollen ermutigt werden stärker zu kooperieren und sich zu vernetzen, um gemeinsam entstehende Synergien zu nutzen
- Sicherstellung einer gegenseitigen „win-win“ Situation für alle beteiligten Projektpartner, ohne Druck von außen auf die Unternehmen oder die Projekte
- Die großen Wohlfahrtsverbände sind selbst Unternehmen, in den meisten ist bürgerschaftliches Engagement Bestandteil ihres unternehmerischen Leitbildes

Internetadressen der vorgestellten Projekte:

Veolia Patenschaftsprojekt: www.veolia-stiftung.de
Partnerschaft: Schule – Betrieb: www.berlin.ihk24.de
Organizing Schöneweide: www.qm.osw.de und
aktuelle Informationen über
www.google.de „Organizing Schöneweide“

Hintergrundinformationen zum Runden Tisch

Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft

1. Freiwilliges Engagement und Unternehmen

Mit dem Runden Tisch „Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft“ möchten wir an die Veranstaltung vom 2. Oktober 2002, die das Thema „die Verbindung zwischen Wirtschaft und freiwilligem Engagement stärken“, behandelte, anknüpfen und die Zielrichtung der Diskussion auf die konkrete Praxis der Kooperation und Mitarbeit lenken.

Die Ergebnisse des letztjährigen Runden Tisches zeigen, dass großes Interesse an Freiwilligem Engagement bei Unternehmensleitungen existiert.

Es wurde jedoch auch herausgearbeitet, dass auf Unternehmensseite in der Bundesrepublik eine meist offensiv ausgerichtete Einstellung zum Thema Freiwilliges Engagement noch fehle. Ehrenamtliche Tätigkeiten wird von Unternehmen unterschiedlich bewertet und dadurch sowohl begrüßt und unterstützt als auch abgelehnt und behindert, nicht zuletzt durch existierende Meinungsbilder wie: „ehrenamtliches Engagement ist nicht gewünscht, da es die Konzentration auf den Job gefährdet“. Bei den Unternehmen ist das Engagement eng an deren Leitbilder und/oder an die Einstellung der Leitungsebene geknüpft. An dieser Stelle sind auch die zentralen Ansatzpunkte einer Öffnung der Unternehmen für Freiwilliges Engagement zu sehen

Als weit verbreitet, im Sinne von „Corporate Citizenship“¹, wurde die Unterstützung sozialer Organisationen in Form von Geldmitteln herausgestellt. Dies sei gegenwärtig der einfachste Weg für die Unternehmen und auch für die sozialen Einrichtungen Unterstützung zu geben und anzunehmen. Derzeit mangelt es noch an Aktivitäten bzw. Projekten, die auf eine mittel- bis langfristige Verbindung zwischen Wirtschaft und sozialem Sektor ausgerichtet sind.

2. Welche Hindernisse bzw. welche Schwierigkeiten gibt es?

Es bleibt die Frage nach Hindernissen und Schwierigkeiten zu diskutieren, die eine Kooperation der Unternehmen mit sozialen Projekten erschweren.

Der Profit- sowie der Non-Profit-Bereich, insbesondere in Form sozialer Projekte sind in Deutschland noch weitgehend zwei artfremde Welten. Dabei gilt es die Annäherungsprobleme auf beiden Seiten zu überwinden und gegenseitige Akzeptanz und Anerkennung zu erlangen.

Als gravierenden Punkt führten die Unternehmensvertreter/innen unter anderem einen hohen Personalaufwand bei der Umsetzung von Freiwilligem Engagement ihrer Mitarbeiter/innen an. Dem gegenüber stehen Angebotene in Freiwilligenprojekten und die Vermittlung von Freiwilligen, die zu wenig oder gar nicht in Anspruch genommen werden. Dies machte deutlich, dass Mängel beim Informationsaustausch und Probleme an den Schnittstellen bestehen.

¹ Unter dem Begriff 'Corporate Citizenship' wird hier wohlwütiges Engagement von Unternehmen verstanden.

Es fehlt an Voraussetzungen für praktikable Kooperationskonzepte. Initiativen scheitern an bürokratischen Hürden. Rahmenbedingungen auf der politischen Ebene müssen verändert werden, um zur Entbürokratisierung beizutragen. Im Bereich des Freiwilligen Engagements gibt es kaum Standardisierungen bzw. Qualitätssicherungsmethoden, die den Unternehmen die Umsetzung ihres Engagements erleichtern. Hier ist Know-how in Freiwilligenmanagement bei den Projekten und deren Trägern gefragt, um Kooperationen mit Unternehmen Gewinn bringend für beide Seiten gestalten zu können.

Zusätzlich zur Schaffung dieser praxisorientierten Voraussetzungen ist auch weiterhin Überzeugungsarbeit zu leisten. Es gilt, herrschende Vorurteile abzubauen, die freiwillig Engagierte als Konkurrenz und mögliche Gefährdung von Arbeitsplätzen sehen. Weit verbreitet ist auch die Einstellung, eigene Motive im Zusammenhang mit Freiwilligem Engagement seien Eigennutz und somit negativ.

Choreografie des Runden Tisches:

„Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft“

(am 26. Januar 2004 im Berliner Abgeordnetenhaus)

Zielgruppen des Runden Tisches:

- Unternehmen, die über das Spenden, Sponsoring oder Mäzenatentum hinaus ihre Mitarbeiterschaft und ihre Leitbildorientierung auf Freiwilliges Engagement ausrichten
- Vertreter/Träger von kooperierenden Freiwilligenprojekten

Ablauf:

- Begrüßung: Frau Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft
- Grußwort: Frau Elfi Jantzen, MdA Bündnis 90/Die Grünen, Patin des Runden Tisches
- Statement: Staatssekretär Volkmar Strauch

Vorstellung von Kooperationsmodellen Wirtschaft - Bürgerschaftliches Engagement

Befragung der Experten/innen in Interviewform:

1. Veolia Stiftung – das Patenschafts-Modell
Frau Sylke Freudenthal, Frau Inge Herbert
2. „Partnerschaft Schule – Betrieb“
Frau Sibylle Volkholz
3. Menschen verändern den Kiez - Organizing Schöneweide
Herr Prof. Dr. Leo Penta

Zielstellung der Interviews

Eruierung der Motive der Kooperationspartner für ihr Engagement

- Konkrete Benennung von (Rahmen)-Bedingungen (best practice) für eine gute Kooperation von Unternehmen und Projekten der Freiwilligenarbeit. Welche Barrieren und Schwierigkeiten hemmen die Kooperation aktuell?
- Fixierung von Verbesserungsvorschlägen (Attraktivitätsfaktor) und veränderten Rahmenbedingungen für die Weiterentwicklung und Erweiterung der Kooperation zwischen Unternehmen und Trägern/Projekten der Freiwilligenarbeit in Berlin

Offene Diskussion

- Wie erreichen wir die relevanten Akteure für eine nachhaltige Kultur des Freiwilligen Engagements in und mit Unternehmen in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, d.h.: „Türöffner“, Kommunikatoren für die "gute Sache", Unterstützer und Veranstalter geeigneter Events oder Plattformen?

Einführungsstatement von Herrn Staatssekretär Volkmar Strauch zum Thema: Freiwilligenarbeit in Kooperation mit der Wirtschaft

Herr Staatssekretär Strauch berichtet von eigenen Erfahrungen mit dem ehrenamtlichen Engagement als Privatperson. Er fragt, warum sich in Berlin so wenig Unternehmen engagieren und beantwortet seine Frage mit der Darstellung von zwei Besonderheiten, die als Ursachen benannt werden können.

Zum Ersten gebe es eine berlinspezifische historisch entstandene Situation, da in Berlin keine generationsübergreifende und tradierte Unternehmensstruktur mehr anzutreffen sei.

In zahlreichen deutschen Städten, wie zum Beispiel Hamburg oder Lübeck bestünden enge Verbindungen von Unternehmen zu „ihrer“ Stadt. In Berlin wurden durch den Nationalsozialismus die jüdischen Unternehmen, die eine enge Verbindung zur Stadt hatten, vernichtet. Zahlreiche Unternehmen gingen aufgrund der unsicheren politischen Lage nach 1945 aus Berlin weg, andere, die sich neu ansiedelten, kamen weniger wegen der Stadt Berlin, sondern wegen den Investitionen, die die Stadt zu vergeben hatte. Daraus entstand keine Unternehmenskultur. Daher entwickelte sich bisher keine, mit Berlin als Stadt verbundene Unternehmenskultur, dies geschehe erst in den letzten Jahren. Dieses strukturelle Problem erkläre, warum unternehmerisches Engagement in Berlin nur schwer in Gang komme.

Eine weitere generelle Entwicklung sei zu erkennen, Eigentümer geführte Unternehmen engagieren sind durch die kurzen Entscheidungswege und setzen ihr Engagement direkter und unbürokratischer um. Gegenbeispiele sind ebenfalls zu nennen, wie am Beispiel der Veolia-Stiftung als großer Energiekonzern zu sehen ist. Entscheidend sei, ob die Unternehmenskultur bürgerschaftliches Engagement vorsehe oder nicht.

Unternehmen, die ihr Image, ihr gesellschaftliches Renommee noch entwickeln müssen, sind oft bereiter sich zu engagieren. Als Beispiel im kulturellen Bereich kann die jüdische Unternehmerschaft bis vor dem Nationalsozialismus in Berlin hervorgehoben werden. Staatssekretär Strauch wies darauf hin, dass auf das Mäzenatentum von der Gesellschaft auch angemessen reagiert und deren Bemühungen anerkannt werden müssen.

Er bedauert das unkritische Verbraucherverhalten, das ein soziales Unternehmertum zu wenig honoriere und betont, dass für Unternehmen ein Engagement nach Vorschrift nicht motivierend sei, weder bei den Rahmenbedingungen noch bei der Frage nach der Verwendung ihrer Überschüsse. Wichtig sei aber genau zu erfassen, wozu und in welcher Form und zu welchen Bedingungen Unternehmen bereit seien, sich zu engagieren.

Unternehmen und Organisationen des Dritten Sektors bewegen sich in unterschiedlichen „Sprachkulturen“. Es bestehe eine starke soziale Segregation zwischen diesen Welten, die sich erst sehr langsam zu vermischen beginne. Dieses Phänomen gelte für andere gesellschaftliche Gruppe ebenso, wie am Beispiel von Wissenschaftlern bei Unternehmertagungen festzustellen sei.

Es gebe zu wenig Anlässe und Orte, an denen dieser Austausch bisher ermöglicht werde und eine gemeinsame Kommunikationskultur entwickelt werden könne. Dieser Ansatz werde hier auch von den Runden Tischen aufgenommen.

Für die weitere Diskussion gab Staatssekretär Strauch zwei Aspekte zu bedenken:

1. Wir befänden uns in einer Phase, in der sich Verantwortlichkeiten zwischen Staat, Individuum und Gesellschaft (gesellschaftliche Organisationen) verschiebe und neu justiert werden müsse. Dabei spiele der Dritte Sektor eine zunehmend wichtigere Rolle, dürfe aber nicht als Lückenfüller missbraucht werden. Andererseits müsse der Staat entlastet werden, dem zunehmend mehr aufgebürdet würde.
Weiter argumentierte er, dass in Deutschland die historisch gewachsenen Strukturen des Wohlfahrtsstaats aus dem Feudalismus kommend, nicht vergleichbar mit einer liberalen, anglo-amerikanischen Engagementkultur seien. Trotzdem bestünde die Erwartung an Wohlhabendere und die Unternehmen, sich für diese Gesellschaft in einem bestimmten Rahmen zu engagieren und gesellschaftliche Aufgaben zu übernehmen.
2. Mit einer kritische Bemerkung an der „Graswurzelbewegung“ und deren autonomer Basisorientierung charakterisiert Staatssekretär Strauch die nach seinen Worten wichtige, aber sehr zersplitterte und wenig vernetzte „Freiwilligenszene“.
Er resümiert, dass die geringe Vernetztheit der Organisationen ihnen eher zum Nachteil, denn zum Vorteil gereiche.

Eingeladene Teilnehmer/innen Runder Tisch 2003

Thema: Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft

Datum: 26.01.2004

Patin: Elfi Jantzen, MdA, Bündnis90/Die Grünen

	Eingeladen	Teilnahme
1. Volkmar Strauch, Staatssekretär für Wirtschaft	x	✓
2. Ülker Radziwill, MdA, SPD-Fraktion	x	
3. Lisa Paus, MdA, Bündnis 90/Die Grünen	x	
4. Peter-Rudolf Zotl, MdA, PDS-Fraktion	x	✓
5. Dr. Petra Brangsch, PDS-Fraktion	x	✓
6. Rainer-Michael Lehmann, MdA, FDP-Fraktion	x	
7. Gregor Hoffmann, MdA, CDU-Fraktion	x	✓
8. Jutta Weißbecker, MdA, SPD-Fraktion	x	✓
9. Ulrich Wiebusch, Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz	x	✓
10. Julia Witt, Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit u. Frauen	x	✓
11. Frau Frost, Senatsverwaltung Wirtschaft, Arbeit und Frauen	x	✓
12. Sybille Volkholz, „Partnerschaft Schule-Betrieb“, IHK Berlin	x	✓
13. Prof. Dr. Leo Penta, Projekt Organizing Schöneweide	x	✓
14. Sylke Freudenthal, Veolia Stiftung	x	✓
15. Inge Herbert, Veolia Water Deutschland GmbH	x	✓
16. Dr. Reinhard Lang, Partner der Jugend	x	
17. Oswald Menninger, PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband	x	
18. Elke Krüger, PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband		
19. Sabine Werth, Berliner Tafel e. V.	x	✓
20. Kerstin Jüngling, Drogennotdienst Berlin	x	✓
21. Dr. Stefan Nährlich, Aktive Bürgerschaft	x	
22. Peter Stawenow, Volkssolidarität, LV Berlin e.V.	x	✓
23. Susanne G. Rausch, Act Value Management Consult	x	
24. Juliane König, Microsoft Deutschland GmbH	x	✓
25. Beatrix Meier-Tacke, Caritas Verband Berlin	x	
26. Daniel Büchel, Unionhilfswerk Berlin	x	✓
27. Thomas Kowalczyk, Lebensbrücke e.V.	x	✓
28. Kira von Moers, Verlag Walter de Gruyter GmbH & Co. KG	x	✓
29. Volker Pietrek, Unternehmerverband Berlin	x	✓
30. Stefanie Wismeth, KPMG, National Office	x	✓
31. Olivia Grudzinski, Das Team für Organisationsentwicklung	x	✓
32. Dieter Viehs, Agentur Avance	x	✓
33. Konrad Müller, Arbeit durch Management (AdM)	x	✓
34. Elmar Kirsch, Nike Town Berlin	x	
35. Viola Seeger, Robert Bosch Stiftung GmbH	x	
36. Helga Warschnauer, Senior Experten Service, AS Berlin-Brandenburg	x	
37. Harald Prokosch, Siemens AG Berlin	x	
38. N.N. Vertreter/in der IHK	x	

Moderation: Carola Schaaf-Derichs, Treffpunkt Hilfsbereitschaft

Koordination: Olivia Grudzinski, Das Team für Organisationsentwicklung

Zusammenfassung: Ergebnisse der Runden Tische in Kurzform

1. Runder Tisch: 02.10.2003:

„Freiwilliges Engagement in den Medien“

Patenschaft: Dr. P.-R. Zotl, MdA PDS-Fraktion
Gastgeberschaft: Herr A. Schmitz, Chef der Senatskanzlei
Veranstaltungsort: Luise Schröder Saal, Berliner Rathaus
Beteiligte: 26 Experten/innen aus Politik und Praxis

Ergebnisse:

1. Die öffentlich-rechtlichen Medien haben den Auftrag für bürgerschaftliches Engagement einzutreten
2. Keine Ghettobildung durch das Format „Einzelsendung“ für bürgerschaftliches Engagement
3. Bürgerschaftliches Engagement in der Berichterstattung stärker wahrnehmen und benennen
4. Redakteure müssen von den Projekt lernen und umgekehrt, um Engagement interessant und qualitativ hochwertig zu vermitteln
5. Weg der kleinen Schritte um bürgerschaftliches Engagement in den Medien bekannt zu machen
6. Abbau von Bürokratie und Schaffung von optimalen Rahmenbedingungen für die Freiwilligenarbeit
7. Internet als Zugang zu Informationen über Angebote von bürgerschaftlichem Engagement
8. Das Internet muss stärker in die Öffentlichkeitsarbeit für bürgerschaftliches Engagement einbezogen werden

2. Runder Tisch: 26.11.03:

„Memorandum für Bürgerschaftliches Engagement in Berlin“

Patenschaft: Frau Ülker Radziwill, MdA SPD-Fraktion
Veranstaltungsort: Hauptausschuss-Saal im Abgeordnetenhaus von Berlin
Beteiligte: 38 Organisationsvertreter/innen sowie MdA

Ergebnisse:

1. Die Zielgruppen des Memorandums sollen konkretisiert werden
2. Das bereits bestehende bürgerschaftliche Engagement in Berlin soll im Memorandum sichtbar gemacht und gewürdigt werden
3. Im Memorandumsentwurf sind die bestehenden Infrastrukturen zu allgemein gefasst, sie sollen konkret benannt werden, wie z.B. Freiwilligenbörsen, -agenturen, Nachbarschaftshäuser, etc.
4. Die gesellschaftspolitische Perspektive soll im Memorandum deutlich gemacht werden

5. Das Thema Migration soll in das Memorandum aufgenommen werden
6. Die Schnittflächen zwischen den drei Akteuren:
Staat – Markt – Dritter Sektor soll ausgelotet und verbunden werden
7. Die länderübergreifende Perspektive von Berlin-Brandenburg soll in das Memorandum einbezogen werden
8. Die konkreten Ziele und Aufgaben der Akteure sollen formuliert werden
9. Die Medien als Vermittler von bürgerschaftlichem Engagement sollen in die Pflicht genommen werden
10. Die Zielsetzung und Umsetzung des Freiwilligenpasses soll im Memorandum dargelegt werden

3. Runder Tisch: 26.01.2004:

Freiwilliges Engagement in Kooperation mit der Wirtschaft“

Patenschaft:	Frau Elfi Jantzen, MdA Bündnis 90/Die Grünen
Veranstaltungsort:	Konferenzraum Abgeordnetenhaus von Berlin
Beteiligte:	8 Vertreter/innen von Unternehmen und 21 Organisationsvertreter/innen
Einführungsstatement:	Herr Volkmar Strauch Staatssekretär für Wirtschaft

Ergebnisse:

1. Es gibt eine berlinspezifische Situation in Bezug auf das bürgerschaftliche Engagement, da es in dieser Stadt keine generationsübergreifende und tradierte Unternehmensstruktur mehr gibt
2. Zukünftig soll es eine stärkere Unterstützung der Senatsverwaltung für Wirtschaft an Aktivitäten des Corporate Citizenship geben
3. Es müssen Anlässe und Orte geschaffen werden, an denen der Austausch zwischen Unternehmensvertreter/innen und Vertreter/innen aus Non-Profit-Organisationen möglich ist, um eine gemeinsame Kommunikationskultur zu entwickeln
4. Ermutigung und Unterstützung von kleinen Freiwilligenprojekten sich zu vernetzen, um gemeinsam entstehende Synergien und Kooperation zu nutzen
5. Sicherstellung einer gegenseitigen „win-win“ Situation für alle beteiligten Projektpartner, ohne Druck von außen auf die Unternehmen
6. Entwicklung einer „neuen Sprache“, die helfen soll, Barrieren und ideologische Vorbehalte abzubauen
7. Die großen Wohlfahrtsverbände sind selbst Unternehmen und in den meisten ist bürgerschaftliches Engagement Bestandteil ihres Leitbildes

Resümee

Wie aus den hier dargestellten Entwicklungen im Freiwilligen Engagement und im bürgerschaftlichen Engagement in Berlin deutlich wurde, empfiehlt sich die Fortschreibung dieser konkreten handlungsorientierten Entwicklungsebene aus mehreren Gründen:

Die Vielfalt des organisierten bürgerschaftlichen Engagements in Berlin wird durch den Austausch und die Diskussionen zum einen nach außen deutlicher und sichtbarer gemacht, zum anderen nach innen für die einzelnen Beteiligten und die Organisationen untereinander transparenter und nachvollziehbarer.

Zentrale Werte und Aussagen des bürgerschaftlichen Engagements werden aktiv belebt.

Für die Runden Tische gilt nach den Aussagen der Beteiligten:

„Der Austausch auf gleicher Augenhöhe mit allen Beteiligten bringt alle weiter.“

„Die engagementpolitische Diskussion über den Rand der eigenen Organisation oder Institution hinaus fördert die pluralistische und demokratische Gesellschaft.“

„Die Verständigung über zentrale Grundwerte und Anschauungen im bürgerschaftliches Engagement in Berlin ermöglicht erst eine klarere Ausrichtung einer Engagementpolitik.“

„Die Nicht-Regierungs-Organisationen können sich über die Runden Tische deutlicher gegenüber ihren Partnern aus den Regierungs-Organisationen und aus der Wirtschaft positionieren.“

„Die Runden Tische ermöglichen es, wichtige Themen quer zu den verschiedenen Arbeitsbereichen von Freiwilligen zu vertiefen, und so tragen sie zu den notwendigen Anregungen und Veränderungen in Organisationen bei.“

„Alle Beteiligten können von den Perspektiven der jeweils anderen lernen und sich selbst besser reflektieren.“

„Die rege Beteiligung hat gezeigt, dass diese Art von Austausch in Berlin fehlte.“

Wir hoffen daher, dass die hier aufgezeigten Nutzen und Entwicklungsschübe der Runden Tische für die Verstetigung dieses Instrumentes argumentieren und eine lebhafte und produktive Engagementkultur auch in den nächsten Jahren in Berlin ermöglichen.